

Bedroht Wasserstreit Regierungskoalition?

Für Spannungen in der neuen Regierung sorgten in den vergangenen Wochen Auseinandersetzungen zwischen den Bundesstaaten Karnataka und Andhra Pradesh über Staudamm- und Bewässerungsprojekte am Krishna und die Aufteilung des Wassers dieses Flusses. Kurzfristig sah es sogar so aus, als ob die 'United Front'-Regierung über dieser Frage zerbrechen könnte, drohte doch Chandrababu Naidu, Ministerpräsident von Andhra Pradesh und einer der Architekten der 'United Front', aus der Koalition auszusteigen. Es geht bei den aktuellen Auseinandersetzungen vor allem um den Bau des Alamatti-Staudamms in Karnataka, doch werden sie noch verschärft und erhalten zusätzliche Nahrung durch ein weiteres, jedoch kleineres Bewässerungsprojekt in Jurala, ebenfalls in Karnataka.

Auslöser für den aktuellen Regierungsstreit war die Meldung, die Zentralregierung habe 20 Milliarden Rupien Unterstützung für den Ausbau von Bewässerungsprojekten am Oberlauf des Krishna bewilligt, wovon etwa die Hälfte für eine Erhöhung des Alamatti-Damms vorgesehen sei. Zwar wurde diese Meldung sofort als unrichtig zurückgewiesen, doch lenkte sie die Reaktion aus Andhra Pradesh und die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Auseinandersetzung um die endgültige Höhe des Damms.

Ein für Anfang August geplantes Treffen der Ministerpräsidenten von Karnataka, Andhra Pradesh und Maharashtra mit Premierminister Gowda wurde zunächst um wenige Tage verschoben und endete ohne Annäherung zwischen den betroffenen Parteien. Die 'United-Front-Regierung' beauftragte daraufhin vier unabhängige Ministerpräsidenten (Jyoti Basu aus Westbengalen, Laloo Prasad Yadav aus Bihar, M. Karunanidhi aus Tamil Nadu und Prafulla Mahanta aus Assam), eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden. Um sie hierbei zu unterstützen, beriefen diese vier Ministerpräsidenten eine neunköpfige Expertenkommission ein, die sich aus Wasserbauingenieuren und Bewässerungsspezialisten zusammensetzte. Diese neun Experten sollten den Alamatti-Damm besuchen und Gespräche in Karnataka und Andhra Pradesh führen, um Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Doch noch bevor sie ihre Reise antreten konnte, wurde die Gruppe von Premierminister Gowda unter dem Vorwand wieder aufgelöst, es gäbe keinerlei rechtliche Grundlage für die Bildung einer solchen Expertenkommission.

Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen ist die Frage der Höhe, die der Alamatti-Damm letztendlich erhalten soll und welche Auswirkungen diese auf die Wassermenge

haben wird, die Andhra Pradesh jährlich nutzen können wird. Bereits 1976 hatte das 'Krishna Waters Disputes Tribunal' unter dem Vorsitz von Richter Bachawat in einem Schiedsspruch die Aufteilung des Krishna-Wassers zwischen Karnataka, Andhra Pradesh und Maharashtra als dem dritten beteiligten Bundesstaat geregelt. Danach sollte Andhra Pradesh jährlich etwa 22 Milliarden Kubikmeter Wasser aus dem Krishna nutzen dürfen, Karnataka knapp 20 Milliarden und Maharashtra etwas mehr als 15 Milliarden. Andhra Pradesh wurde außerdem das Recht zugesprochen, zusätzliche Wassermengen zu nutzen, sofern der Fluß mehr Wasser führt als 60 Milliarden Kubikmeter - eine Regelung, die von Karnataka strikt abgelehnt wird. Karnataka plante damals die Errichtung von zwei Dämmen (Narayanapura und Alamatti), die zusammen eine Wasserspeicherkapazität von 4,8 Milliarden Kubikmeter haben sollten. Der Schiedsspruch des 'Bachawat-Tribunals' sah diesbezüglich vor, "den Alamatti-Damm bis zu seiner vollen Höhe" auszubauen. Andhra Pradesh interpretiert diese Aussage des Tribunals als Genehmigung eines Dammbaus bis zu einer Speicherkapazität von insgesamt 4,5 Milliarden Kubikmeter, Karnataka hält dagegen, der Schiedsspruch erlaube eine Erhöhung des Alamatti-Damms auf 524 Meter und damit den Ausbau des Fassungsvermögens beider Staudämme auf 6,3 Milliarden Kubikmeter.

Im Juli hat die 'Central Water Commission' (CWC) in Delhi diese Ausbaupläne Karnatakas genehmigt - kurz nachdem Gowda sein Amt als Premierminister angetreten hatte. In Andhra rief diese Entscheidung großen Widerspruch hervor und führte nach der Auflösung der unabhängigen Expertenkommission zu dem Vorwurf, Premierminister Gowda handele nicht im Interesse Indiens, sondern nutze sein Amt vor allem zugunsten seines Heimatbundesstaates Karnataka, dessen Ministerpräsident er war, bevor er die Regierungsgeschäfte als Premierminister übernahm.

Gowda versucht nun, diesen Verdacht zu entkräften, indem er sich aus den weiteren Auseinandersetzungen heraus hält. In seinem Heimatbundesstaat Karnataka sammelt sich jedoch schon die Opposition um Rama Krishna Hedge, der kürzlich auf Betreiben Gowdas aus der 'Janata Dal' ausgeschlossen wurde. Ein Ausweg böte sich wohl nur in der Wiedereinsetzung der unabhängigen Expertenkommission als politisches Beratungsgremium. Dieses hat zwar keinerlei rechtliche Befugnisse, kann jedoch politische Empfehlungen abgeben, die zur Grundlage für eine politische Lösung des Konfliktes werden könnten.

